

„Ouattara zum Dritten“ – Neuaufgabe der Krise von 2010 in Côte d’Ivoire?

Florian Karner

Staatspräsident Alassane Ouattara wurde am 31.10.2020 mit 94,27 Prozent der Wählerstimmen in seinem Amt bestätigt und steht damit vor seinem dritten Mandat als Staatspräsident. Die Opposition erkennt die Wahlergebnisse nicht an und hatte bereits im Vorfeld zum Boykott der Wahlen aufgerufen, da sie Ouattaras Kandidatur auf Grundlage der 2016 modifizierten Verfassung als verfassungswidrig und illegal ansieht. Der massiv durch Sicherheitskräfte begleitete Wahltag verlief zwar verhältnismäßig ruhig, allerdings nahmen bedeutende Teile der Bevölkerung freiwillig oder unfreiwillig nicht an der Wahl teil.

Eine Wahl mit zahlreichen Makeln

7,5 Millionen Wahlberechtigte waren aufgerufen, einen neuen Präsidenten zu wählen. Das oberste Verfassungsgericht hatte 40 von 44 eingereichten Bewerbungen um das Amt aus formellen Gründen abgelehnt. Als offizielle Kandidaten durften somit nur Amtsinhaber Ouattara (RHDP), Ex-Präsident Bédié (PDCI), Ex-Premier Affi N’Guessan (FPI) und Kouadio Konan Bertin (unabhängig) antreten. Verschiedene Wahlbeobachtungsmissionen (ECOWAS, AU, Zivilgesellschaft, nationale Menschenrechts-Kommission, Botschaften) waren vor Ort und kommentierten den Wahltag mehrheitlich unkritisch. Covid-19 bedingt entsandte die EU lediglich eine technische Wahlbeobachtungskommission. Die Wahlbeteiligung lag offiziell bei über 53 Prozent, die Opposition sprach hingegen von nur 8 Prozent. Vor allem Einwohner Abidjans hatten die Wirtschaftsmetropole Tage vor dem Wahlgang aus Angst vor großflächigen Ausschreitungen in Richtung ihrer Heimatdörfer verlassen.

Während die Wahlen in den Hochburgen der Regierung, d.h. im muslimisch geprägten Norden, überwiegend geordnet verliefen, kam es vor allem im oppositionsdominierten Zentrum zu zahlreichen Unregelmäßigkeiten. Die zivilgesellschaftliche Gruppierung INDIGO, die mit knapp 1.000 Wahlbeobachtern landesweit vertreten

war, berichtete, dass zahlreiche Wahlbüros zu spät geöffnet oder zu früh geschlossen hätten. 23 Prozent der Einrichtungen blieben laut INDIGO geschlossen. In 5 Prozent der Wahlbüros sei es gegenüber Mitarbeitern der Nationalen Wahlkommission CEI zu Fällen von Einschüchterung, Belästigung und Gewalt gekommen. Es gab weiterhin Berichte darüber, dass Wahlmaterial zerstört sowie die Zufahrt zu Wahlbüros durch Barrikaden der Oppositionsanhänger versperrt worden seien. Wo die Wahl ruhiger verlief, dominierten RHDP-Vertreter in den Wahlbüros. Beisitzer der Opposition gab es aufgrund ihres offiziellen Boykotts nicht. Die Produktion von Fehlinformationen und Hassreden lief seit Monaten auf Hochtouren und nahm auch am Wahltag nicht ab.

Für die Plattform der Opposition sprach Affi N’Guessan am Tag nach der Wahl von 30 Todesopfern am Wahltag selbst, bestätigt sind nach Zeitungsberichten bislang 9. Die Regierung räumte ein, dass vereinzelt Wahlbüros zerstört worden seien. Auf die Frage eines ausländischen Journalisten nach der Legitimität der Wahlen reagierte der seit Wochen aufgewühlt wirkende Ouattara: „Sie müssen aufhören, den Afrikanern westliche Standards aufzuzwingen.“

Unruhige Zeiten stehen bevor

Die Gründe für die abermals kaum gelungene friedliche Durchführung von Wahlen sind mannigfaltig und tiefgreifend, lassen sich aber im Prinzip auf eine ausbleibende Erneuerung der Politlandschaft, mangelhafte wirtschaftliche Teilhabe der Bevölkerung, eine bewusst betriebene politische Polarisierung sowie einen Mangel an institutioneller Gewaltenteilung zurückführen. Aidy Bony von der zivilgesellschaftlichen Organisation *Diversité Alternative* sieht das Land seit dem Tod des Einheitspräsidenten Houphouët-Boigny deswegen auch in einer sozio-politischen Dauerkrise: „Eine Krise reiht sich an die andere, ohne jemals Bilanz über die Wunden zu ziehen, die allen Protagonisten zugefügt wurden.“ Kurzfristigen Lösungsansätzen sei deswegen eine klare Absage zu erteilen.

Dem Land stehen politisch nun instabile Wochen bevor. Die Oppositionsplattform, der es im Wahlkampf zu keinem Zeitpunkt gelang, ein auch nur

in Ansätzen strategisches Gegengewicht zur regierenden RHDP aufzubauen, betrachtet Ouattaras Mandat trotz Wahlsieg als beendet. Sie plädierte im Nachgang zur Wahl für eine zivile Übergangsregierung und setzte einen „nationalen Übergangsrat“ mit Ex-Präsident Bédié an der Spitze ein. Erste Beobachter sehen bereits Parallelen zur Nachwahlkrise 2010/11. Viel wird nun darauf ankommen, ob Ouattara sich nach dem Wahlsieg konzilianter zeigt als im Vorfeld der Wahlen. Als einen der ersten konkreten Schritte erwarten politische Kommentatoren die Rückkehr von Ex-Präsident Laurent Gbagbo, der in Belgien nach fast beendetem IStGH-Verfahren nach wie vor auf Ausstellung eines Passes wartet. Gbagbo verfügt nach wie vor über eine breite Basis im Land und gilt als Schlüsselfaktor für einen erfolgreichen nationalen Versöhnungsprozess.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Florian Karner

Leiter des Regionalprogramms Politischer Dialog Westafrika
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
florian.karner@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

Anna Lena Sabroso-Wasserfall

Referentin Westafrika/Sicherheit
Europäische und Internationale Zusammenarbeit

anna.wasserfall@kas.de